

IHKLW Politiknews

10. AUSGABE SOMMER 2023

Straßeninfrastruktur

in Niedersachsen
nicht vernachlässigen
SEITE — 03

IHKN-Fokus

Zukunft Innenstadt
SEITE — 03

Ausbildungsgarantie

Falsches Signal
SEITE — 07

WETTBEWERBSFÄHIGKEIT SICHERN

Klimaschutz gemeinsam mit der Wirtschaft voranbringen

Baustellen und Belastungen für die Wirtschaft werden größer. Der Themen-Mix aus Inflation, Energiekrise und Bürokratie ist kaum zu toppen. Wer aber dachte, mehr geht nicht, der stellt jetzt fest, dass er sich geirrt hat: Es kommt noch mehr. Gebäude-Energie-Gesetz und Energieeffizienzgesetz sowie eine Vielzahl von EU-Initiativen beeinträchtigen und durchkreuzen die Planung unserer Unternehmen: Investitionen werden zurückgestellt, Prozesse hinterfragt und viele Unternehmen prüfen, diese ins EU-Ausland zu verlagern oder einzustellen. Denn was die Politik aktuell plant, ist schon unglaublich: Sie plant eine drastische Reduzierung des CO₂-Ausstosses schon bis 2030. Und das ist selbst bei deutlich steigender Energieeffizienz nur zu schaffen, wenn das Bruttoinlandsprodukt schrumpft. Damit wird offenbar, dass sich Deutschland von der sozialen Marktwirtschaft und einer Wachstumspolitik zur Finanzierung von Arbeitsplätzen, Wohlstand und Sozialstaat Schritt für Schritt verabschiedet. Es ist der Weg in eine Welt, in der der Klimaschutz alles dominiert. Koste es, was es wolle. Die Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort sind vielleicht noch nicht heute, aber sicher mittelfristig zu erwarten. Bei dem Thema Heizung ist das ähnlich. Hier zeichnet sich nach langem Hickhack zwar ab, dass mehr Technologieoffenheit ermöglicht wird und der Ausstieg aus dem Gas weniger abrupt kommt, in der Sache kommen auf die Unternehmen aber

weiterhin erhebliche Kosten zu. Hoffentlich ohne negative Auswirkungen auf deren internationale Wettbewerbsfähigkeit. Gleichzeitig will der Bund den Umstieg fördern und Mieter sollen nicht über die Maßen belastet werden. Was auch immer das heißt und wozu auch immer das führt. Auch die Verzahnung mit der kommunalen Wärmeplanung kommt. Das macht die Umsetzung nicht einfacher und verlagert potentielle Konflikte bei der Umsetzung erwartbar auf die kommunale Ebene. Die in der Vollversammlung unserer IHK aktiven Unternehmen haben vor diesem Hintergrund einstimmig in der Vollversammlung am 22. Juni eine Resolution beschlossen, die angepasste Zeitleisten für die CO₂ Reduzierung, niedrigere und wettbewerbsfähige bzw. nicht wettbewerbsverzerrende Energiekosten, eine leistungsfähige, intelligente Energieinfrastruktur gefordert und den Ausbau grundlastfähiger Energieerzeugungskapazitäten verlangt, die die bisherigen Konzepte der Bundesregierung vorsehen, die aber in den aktuellen Planungen keine Rolle spielen. Klar ist, dass der Weg hin zur Klimaneutralität gegangen werden muss, aber nicht um jeden Preis. Wir brauchen Wirtschaftskraft und Wertschöpfung, um damit die Finanzierungspielräume zur Umsetzung der Energiewende zu haben.

EDITORIAL

Augenmaß beim Klimaschutz



Klimaschutz geht nur mit der Wirtschaft – nicht gegen sie. Das ist die Kernbotschaft einer Resolution (S.1), die die Vollversammlung unserer IHK Lüneburg-Wolfsburg (IHKLW) jetzt beschlossen hat.

Klar ist, dass der Weg hin zur Klimaneutralität gegangen werden muss, aber Wettbewerbsfähigkeit und die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Deutschland dürfen nicht der Preis dafür sein! Doch angesichts der Vorgaben im Gebäudeenergiegesetz und Energieeffizienzgesetzes scheint es fast, als hätte die Politik hier die Bodenhaftung verloren. Unverhältnismäßige Klimaschutzanforderungen gefährden wichtige Industrien und die damit verbundenen Arbeitsplätze.

Beispiel Energieeffizienzgesetz: Die geplanten Regelungen gehen an vielen Stellen deutlich über die Vorgaben der EU-Richtlinie hinaus. Bei vielen Unternehmen macht sich angesichts der starren Einsparziele und zusätzlicher bürokratischer Lasten Frust und Unsicherheit breit. Wenn unsere Klimaschutzpolitik dazu führt, dass umweltschädliche Produktionsabläufe in Länder mit niedrigeren

Umweltstandards verlagert werden, weil die entsprechenden Anlagen dorthin verkauft werden, haben wir für das Weltklima nichts gewonnen.

Als IHKLW möchten wir mit Ihnen, liebe Politikakteure, in den Dialog zu den bevorstehenden Transformationsprozessen und zum technologischen Wandel treten. Wir sind sicher, dass ein starker Wirtschaftsstandort erfolgreich die Herausforderung Klimaschutz meistern kann und freuen uns über jede Gelegenheit, unsere Vorschläge dazu mit Ihnen zu diskutieren.

Darüber hinaus haben wir in dieser Ausgabe der Politiknews viele weitere Themen und Positionen für Sie aufbereitet – ob zur Zukunft der Innenstädte oder der Berufsschulen, zur Ausbildungsgarantie oder zu wichtigen Infrastrukturprojekten wie der A 39.

Wendelin Göbel

Wendelin Göbel engagiert sich seit 2020 als Vizepräsident unserer IHK Lüneburg-Wolfsburg (IHKLW). Er ist Sprecher des Vorstands der Wolfsburg AG, einem Gemeinschaftsunternehmen der Stadt Wolfsburg und der Volkswagen AG sowie Vorsitzender des Regionalpolitischen Ausschusses unserer IHKLW.

KONTAKT

wendelin.goebel@wolfsburg-ag.com

Schon gewusst?

251,3 Milliarden Euro müssen für ein „Zubaunetz“ mit einer Länge von 25.723 Kilometern bis 2045 laut „Netzentwicklungsplan Strom“ investiert werden.

IHKLW-Politiknews abonnieren



Um künftige Ausgaben automatisch zu erhalten, abonnieren Sie die IHKLW-Politiknews hier:

ihk-lueneburg.de/abo



IHKN-POSITIONSPAPIER

Straßeninfrastruktur in Niedersachsen nicht vernachlässigen

Die IHK Niedersachsen (IHKN) stellt in einem aktuellen Positionspapier Forderungen zur Straßeninfrastruktur an die Landesregierung, insbesondere mit Blick auf die Aufstellung des niedersächsischen Landeshaushalts für das Jahr 2024. Hier ein kurzer Überblick:

- Priorisierte Umsetzung der niedersächsischen Projekte aus dem vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans
- Engpässe und Lücken auf den Hauptverkehrsachsen zügig beseitigen und schließen
- Die Mittel für Kommunal- und Landesstraßen ab dem Haushaltsjahr 2024 erhöhen und verstetigen; Sanierungsstau schneller abarbeiten und gestiegenen Baukosten Rechnung zu tragen
- Sanierung von Brücken zügig und sukzessiv angehen, um Sperrungen und Umleitungsverkehr zu vermeiden – finanzielles Sonderprogramm „Brücken“ in kommenden Haushalt und mittelfristige Finanzplanung einstellen
- Ausreichend Planstellen der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr zur Verfügung stellen, um die Planungs- und Genehmigungsverfahren für Sanierung, Aus- und Neubau von notwendigen Straßenprojekten inkl. Brückenbauwerken zügig abarbeiten zu können
- Benötigte Kapazitäten dauerhaft sicherstellen – jetzige Priorisierung der Straßenprojekte darf nicht zu mangelnden Kapazitäten und Verzögerungen bei anderen Straßenprojekten führen

IHKN-FOKUS

Zukunft Innenstadt

Über die Entwicklung unserer Innenstädte und Ortskerne wird intensiv diskutiert. Das zeigt, wie groß die Sorge ist, dass die „Wohnzimmer“ der Kommunen ausgehöhlt werden oder gar verloren gehen könnten.

Mit dem FOKUS „Zukunft Innenstadt II“ schreiben die niedersächsischen Industrie- und Handelskammern ihre Handlungsempfehlungen zur Aufrechterhaltung und Inwertsetzung der Zentren in Niedersachsen im Juni 2023 fort.

Die Unterstützung und die Stärkung von innerstädtischen Eigeninitiativen ist notwendiger denn je. Denn die Attraktivität der Innenstädte wird auch zukünftig von einem vielfältigen und leistungsfähigen Einzelhandel abhängig sein. Es gilt daher, Voraussetzungen und Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Menschen gerne in die Zentren kommen und dort verweilen. Konkret geben wir dafür folgende Empfehlungen:

- Schaffen einer „neuen Multifunktionalität“
- Mehr Aufenthalts- und Erlebnisqualität schaffen, zum Beispiel durch Events und verkaufsoffene Sonntage
- Attraktive Erreichbarkeit sicherstellen – ohne einseitigen Ausschluss einzelner Mobilitätsformen
- Digitalisierung als Standortfaktor verstehen und nutzen, z. B. durch Smart City-Ansätze und mehr digitale Sichtbarkeit der Unternehmen und ganzer Standorte
- Nachhaltigkeit, Klimaneutralität und Stadtentwicklung zusammen denken
- Förderkulissen in Anspruch nehmen und optimieren, z. B. Fortführung und Neugestaltung von „Perspektive Innenstadt“, aber auch von Programmen für die Unternehmen, wie ehemals „Digital aufgeladen“
- Zeit für Kommunikation nehmen und alle Akteure einbeziehen!

Weitere Infos und der gesamte Fokus Innenstadt II: ihk-n.de

Das vollständige Positionspapier finden Sie unter: ihk-n.de



Nachgefragt

bei
Tobias Siewert

Herr Siewert, die IHK fordert einen Ausbau der A 39 bei Wolfsburg. Worum geht es genau?

Die A 39 ist insbesondere in Höhe Wolfsburg eine stark frequentierte Autobahn. Wir brauchen an dieser Stelle mehr Kapazität, um die Verkehre heute und in Zukunft besser aufnehmen zu können. Wir fordern eine Erweiterung der A 39 von vier auf sechs Spuren zwischen dem Autobahnkreuz an der A 2 und der Anschlussstelle Weyhausen.

Und warum braucht es an der A 39 mehr Kapazität?

Wolfsburg zeigt bereits heute außerordentliche Verkehrsspitzen. Der Unterschied zwischen dem Berufsverkehr morgens und abends und dem „Grundrauschen“ den Tag über ist in Wolfsburg viel größer als in anderen vergleichbaren Städten. Die Verkehrszahlen rechtfertigen bereits heute eine Sechsstreifigkeit. Mit sechs Fahrspuren wären Baustellen zudem flexibler einzurichten und würden weniger Stau produzieren. Dazu kommt: Das neu entstehende Gewerbegebiet in Warmenau muss wettbewerbs- und leistungsfähig angeschlossen werden, um die Waren- und Lieferverkehre flüssig abzuwickeln. Dafür braucht es mehr Kapazität auf der A 39. Und vergessen wir eines nicht: Mit Realisierung der A 39 zwischen Lüneburg und Wolfsburg trafen diese Verkehre dann auf ein Nadelöhr in Höhe Wolfsburg.

Kritiker könnten einwerfen, der Ausbau von Straßen gefährde den Klimaschutz und schaffe nur mehr Verkehr ...

Eine gute Wirtschafts- und Verkehrspolitik lebt vor allem von Praxis und weniger von Theorie. Wir müssen den Realitäten ins Auge sehen: Größe und Art der transportierten Güter verändern sich. Die neueste Verkehrsprognose des Bundes hat gerade für die Straße und den LKW das höchste Wachstum prognostiziert. Dafür brauchen wir eine leistungs- und zukunftsfähige Infrastruktur und somit mehr Kapazitäten. Durch die Antriebswende bei PKW und LKW wird die Straße in den nächsten Jahren zu einem nachhaltigen CO₂-freien Verkehrsträger, also klimafreundlich. Ich sage: Verkehrspolitik braucht mehr Faktenchecks und weniger Ideologie.

Wie weit ist das Projekt denn?

Derzeit läuft eine Überprüfung des Bundesverkehrswegeplans, einer Art „Verkehrsprjekt-Fibel“ Deutschlands. Dabei wird die sechsstreifige Erweiterung der A 39 zwischen der A 2 und dem Norden Wolfsburgs noch einmal betrachtet und bewertet – und dann in Zukunft idealerweise in die höchste Prioritätsstufe aufgenommen. Das fordern wir gemeinsam mit verschiedenen Partnern aus der Region. Die Planung muss möglichst schnell aufgenommen, das Projekt zeitnah realisiert werden. Die Erschließung des Gewerbegebietes Warmenau und der Lückenschluss der A 39 bilden dafür den Zeithorizont.

Gibt es noch weitere Vorteile?

Ja, denn wir setzen auf Innovationen. Das Autonome Fahren steht mehr und mehr vor der Tür. Wir brauchen insgesamt mehr Kapazität und mehr Fahrspuren. Wäre es nicht sinnvoll, perspektivisch z. B. im Berufsverkehr eine zusätzliche Spur für autonom fahrende Fahrzeuge vorzusehen?

Tobias Siewert ist Berater für Infrastruktur und Digitalisierungspolitik im Bereich der Standort- und Politikberatung unserer IHKLW und an der Schnittstelle von Unternehmen, Politik und Verwaltung.

KONTAKT

Tobias Siewert
Telefon: 04131 742-137
tobias.siewert@ihklw.de



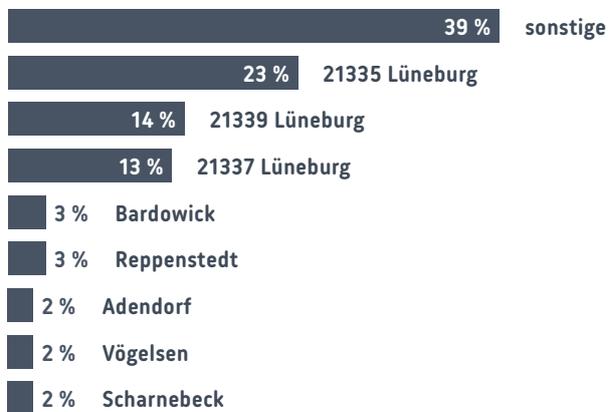
„Verkehrspolitik braucht mehr Fakten und weniger Ideologie.“

Kundenherkunft in der Lüneburger Innenstadt

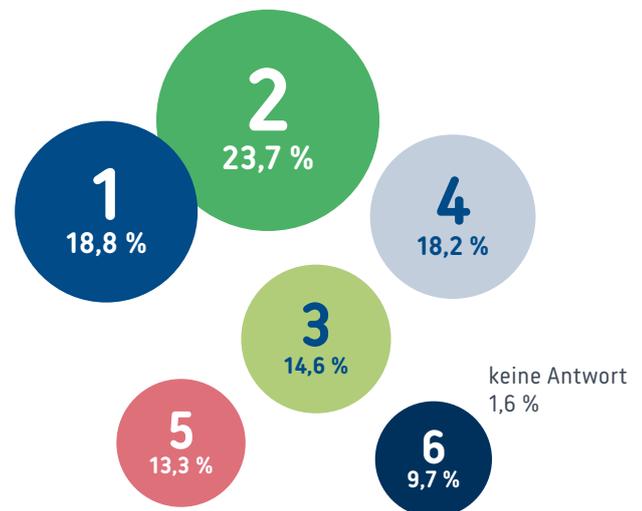
Zusammen mit weiteren Akteuren der Lüneburger Innenstadtwirtschaft hat unsere IHKLW im April 2023 eine Umfrage zur Kundenherkunft in der Innenstadt durchgeführt. Die Ergebnisse zeigen, dass rund 50 Prozent der befragten Kunden von außerhalb der Stadt Lüneburg kommen. Ebenso kommt der überwiegende Anteil mit dem Auto (52 Prozent). Bei einer Durchschnittsnote von 3,1 wird die Erreichbarkeit der Innenstadt sehr unterschiedlich bewertet. Der größte Handlungsbedarf wird von den Kunden beim ÖPNV und dem PKW gesehen.



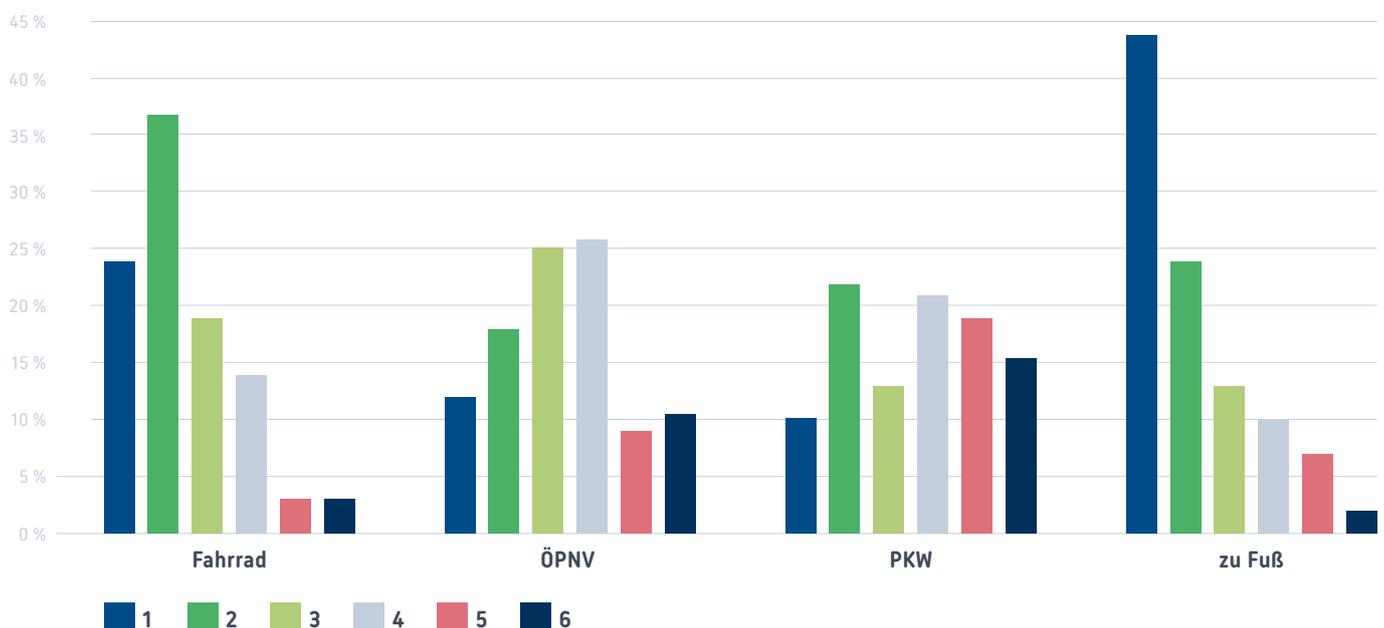
Wie lautet Ihre PLZ?



Bewerten Sie die Erreichbarkeit der Lüneburger Innenstadt nach Schulnoten.



Bewerten Sie die Erreichbarkeit der Lüneburger Innenstadt nach Schulnoten.



UMFRAGE DER NIEDERSÄCHSISCHEN
IHKS ZEIGT:

Wirtschaftshilfen kommen nur bei wenigen Betrieben an

An der Umfrage zur Energieversorgung, die die IHKLW zusammen mit den anderen niedersächsischen IHKS durchgeführt hat, haben rund 400 Unternehmen aus allen Branchen teilgenommen. Es hat sich dabei gezeigt, dass die bisherigen Entlastungen nur wenige Betriebe erreichen. Lediglich 14 Prozent der befragten Unternehmen hat eine der Wirtschaftshilfen in Anspruch genommen. Die Hürden seien zu hoch, das Verfahren zu bürokratisch und oftmals sei die Antragstellung nur mit juristischer Hilfe zu bewältigen gewesen, kommentieren die befragten Unternehmen.

ihk-n.de

Anforderungen an berufliche Schulen heute und morgen

Gemeinsam mit den vier Verbänden der beruflichen Bildung, BLVN, NDVB, SLVN und VLWN veröffentlicht die IHK Niedersachsen das Papier zur Weiterentwicklung der beruflichen Schulen.

Kernpositionen des gemeinsamen Papiers zur Weiterentwicklung der beruflichen Schulen sind: Eine ausreichende Unterrichtsversorgung, eine auch künftig möglichst wohnortnahe Beschulung, eine moderne IT-Infrastruktur und nicht zuletzt mehr Tempo bei Entwicklung und Umsetzung digital unterstützter Lernkonzepte, um insbesondere den heterogenen Lernvoraussetzungen junger Menschen Rechnung zu tragen. Unverzichtbar sind die Entscheidungsfreiheiten für berufliche Schulen, damit schnell und flexibel auf regionale Bildungs- und Infrastrukturbedarfe reagiert werden kann.

Sie finden das gesamte Papier auf der Website der IHKN unter diesem Link.



IHKLW begrüßt Unter- stützung von Tiefen- geothermievorhaben

Die IHKLW setzt sich für ein, den Ausbau Erneuerbarer Energien zu verstärken und zu beschleunigen und begrüßt, dass die Erdwärme (Geothermie) als stetige erneuerbare Energiequelle in Niedersachsen stärker genutzt wird. Bei der Nutzung oberflächennaher Geothermie ist Niedersachsen schon jetzt gut aufgestellt. Es gibt bereits über 23.000 Anlagen in Niedersachsen. Jetzt stehen auch zwei Explorationsvorhaben für die Nutzung tiefer Geothermie (mit einer Bohrtiefe von mehr als 400 Metern) in Munster und Bad Bevensen am Start. Unterstützung gibt es durch eine Landesbürgerschaft, die das finanzielle Risiko von Fehlbohrungen absichert. In Deutschland sind bereits 42 Tiefengeothermieanlagen in Betrieb.

KOMMENTAR

Berufsbildungsbericht 2023

Nach dem 2023er Bildungsbericht des BIBB ist die Zahl der jungen Menschen ohne Berufsabschluss besonders auffällig, diese stieg erstmals auf 2,5 Millionen. Ein Faktor: Einwanderung und Fluchtmigration. Unter den jungen Menschen die nicht in Deutschland geboren oder aufgewachsen sind, hat fast ein Fünftel keine Ausbildung, bei jungen Menschen ohne Migrationshintergrund trifft dies nur auf jeden Zehnten zu. Daraus folgt: Die Berufsorientierung muss intensiviert und die Sprachförderung ausgeweitet werden, damit Integration in Gesellschaft und Arbeitswelt gelingen kann. Es braucht einen stetigen Kraftakt, um dem Fachkräftemangel zu begegnen.



Falsches Signal

Das Bundeskabinett hat das sogenannte Weiterbildungsgesetz beschlossen. Zentraler Bestandteil ist die Einführung einer staatlichen Ausbildungsgarantie, die im Koalitionsvertrag angekündigt wurde. Diese ist und bleibt aus Sicht der Unternehmen der falsche Weg.

Die DIHK-Ausbildungsumfrage hat gezeigt: Im letzten Jahr konnten 42 Prozent der Unternehmen in Niedersachsen nicht alle angebotenen Ausbildungsplätze besetzen. Noch eindeutiger zeigt der aktuelle Ausbildungsreport der Bundesagentur für Arbeit die Problematik auf. Im Mai 2023 kommen auf 100 angebotene Ausbildungsstellen nur 80 Bewerberinnen und Bewerber.

Der Begriff „Ausbildungsgarantie“ suggeriert, dass junge Menschen ohne eigene Anstrengungen oder persönliche Eignung einen Ausbildungsabschluss in ihrem Wunschberuf erhalten – im Zweifel in praxisfernen außerbetrieblichen Lehrgängen. Dabei gibt es schon seit Jahren weit mehr unbesetzte Ausbildungsplätze als unvermittelte Jugendliche. Im Gesetzentwurf ist ein neuer Mobilitätszuschuss enthalten, diesen sehen wir als positiven Anreiz für die duale Ausbildung. Damit junge Menschen ihr bisheriges Wohnumfeld für eine Ausbildung in einer anderen Region verlassen, sollen sie einen Mobilitätszuschuss erhalten können.

Positiv sehen wir auch das neue geförderte Berufsorientierungspraktikum. Mit diesem können sich junge Menschen bei Ausbildungsbetrieben über Berufsbilder informieren und möglichst noch im selben Jahr eine Ausbildung beginnen. Die Flexibilisierung der Einstiegsqualifikation gibt den jungen Menschen weitere Möglichkeiten im Betrieb den Weg in die Ausbildung zu finden.

Das wichtigste Signal bleibt die Abkehr von einer Umlage zur Finanzierung der Ausbildungsgarantie im neuen Gesetz. Unsere Unternehmen sind durch die beginnende Rezession und die multiplen Krisen ausreichend gefordert, eine zusätzliche bürokratische Belastung hilft bei der Ausbildung unserer Fachkräfte von morgen niemandem.

Wir setzen uns für eine Fortentwicklung der Chancengarantie im Rahmen der Allianz für Aus- und Weiterbildung ein: Jeder ausbildungsinteressierte Jugendliche, der bis Ende September ohne Ausbildungsplatz ist, erhält drei Angebote für eine betriebliche Ausbildung. Die neue Allianz für Aus- und Weiterbildung wurde am 24. Mai von der Bundesregierung, der Bundesagentur für Arbeit, Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften und den Ländern gemeinsam für weitere vier Jahre unterzeichnet. Die Schwerpunkte der neuen Allianz-Periode sind das Werben für die Berufliche Bildung, der Ausbau der Berufsorientierung, die Gewinnung von Auszubildenden sowie weiteren Ausbildungsbetrieben und der Optimierung der Übergangsphase zwischen Schule und Beruf.

Die außerbetriebliche Ausbildung muss das letzte mögliche Mittel bleiben. Denn während andere Länder unser duales Ausbildungssystem kopieren, höhlen wir unser Erfolgsmodell aus und verstärken so zunehmend den Fachkräftemangel.

Der Gesetzentwurf befindet sich aktuell im parlamentarischen Verfahren. Die Verabschiedung des Weiterbildungsgesetzes steht voraussichtlich in diesem Sommer an. Der Bundesrat ist dabei nicht zustimmungspflichtig. So soll die Neuregelungen zur Ausbildungsgarantie zum 1. April 2024 bzw. zur außerbetrieblichen Berufsausbildung zum 1. August 2024 in Kraft treten.



„Der Begriff ‚Ausbildungsgarantie‘ suggeriert, dass junge Menschen ohne eigene Anstrengungen einen Ausbildungsabschluss erhalten.“

Lennart Ulrich
Berater für Bildung und Fachkräfte
Telefon: 05141 9196 11
lennart.ulrich@ihklw.de

IHKLW im Dialog

In verschiedenen Veranstaltungs- und Dialogformaten tritt unsere IHKLW für die Interessen der regionalen Wirtschaft ein.

07. September 2023

GedankenGut – der Talk

mit Dr. Martina Diedrich
Kunststätte Bossard | Jesteburg
18:45 – 21 Uhr

MEHR INFOS UND TERMINE UNTER
ihklw.de



DIE GUTE NACHRICHT

A 39-Start rückt wieder einen Schritt näher

„Die Planung der A 39 befindet sich auf der Zielgeraden. Alle Abschnitte sind entweder im Planfeststellungsverfahren oder kurz davor. Wir erwarten jetzt, dass die beiden Abschnitte bei Lüneburg und nördlich von Wolfsburg bis Ende 2023 Baureife erreicht haben werden“, sagt Michael Zeinert, Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Lüneburg-Wolfsburg (IHKLW). Aus Sicht der regionalen Wirtschaft trägt die A 39 zu besseren Chancen und mehr Wettbewerbsfähigkeit im Vergleich zu anderen Regionen bei, die infrastrukturell besser erschlossen sind.

Impressum | Leserservice

IHKLW-POLITIKNEWS
Der Newsletter für Politik
und Verwaltung
10. Ausgabe Sommer 2023

ABO BESTELLEN
ihk-lueneburg.de/abo
> IHKLW-Politiknews

HERAUSGEBER
IHK Lüneburg-Wolfsburg
Am Sande 1, 21335 Lüneburg
Telefon 04131 742-0
E-Mail politiknews@ihklw.de

VERANTWORTLICH
Inhaltlich Verantwortlicher für
redaktionelle Inhalte gemäß
§ 55 Abs. 2 RStV:
Hauptgeschäftsführer Michael Zeinert

REDAKTION
Medina Gaidus
medina.gaidus@ihklw.de
Telefon 04131 742-147
E-Mail politiknews@ihklw.de

IHKLW
Politiknews



Besuchen Sie uns
auch auf facebook:
facebook.com/ihklw

